

Digitale Öffentlichkeiten und Netzneutralität – Eine Betrachtung am Fallbeispiel von #drosselkom

Dan Verständig – dan@pixelspace.org

Preprint. Erscheint in: Holze, Jens; Fromme, Johannes & Kiefer, Florian (Hrsg.): Mediale Diskurse, Kampagnen und Öffentlichkeiten. Wiesbaden: Springer VS.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/).

Einleitung

Dem Internet werden seit Anbeginn demokratisierende Fähigkeiten zugeschrieben. Dies lässt sich nicht zuletzt durch die dezentrale und offene Struktur begründen. Welche Auswirkungen das Internet auf Demokratien tatsächlich hat, wird daher seit einigen Jahren in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen kontrovers verhandelt. Auf der einen Seite bietet das Internet verschiedene Vorteile gegenüber klassischen Medientechnologien, schließlich können Informationen „über das Internet effektiver, nutzbezogener und billiger verbreitet, bzw. abgerufen werden“ (Gimmler 2000: 202). Hieraus erwächst der Gedanke, dass eine moderne Gesellschaft durch die Deliberation im Internet, also die Beratschlagung, über die Interaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten einen Demokratiezuwachs erfährt (Rheingold 1993, 2003; Castells 2009). Demgegenüber stehen kritische Positionen, welche die Reproduktion sozialer Ungleichheiten im Netz hervorheben. So werden Ungleichheiten schon bei Zugangsfragen und ferner auch bei den Fertigkeiten zur Informationsbeschaffung reproduziert (vgl. hierzu u.a. Hargittai & Hsieh 2013; van Dijk 2012; Zillien 2013). Hieraus ergeben sich auch – oder gerade – heute grundlegende Fragen zur Teilhabe unter den Bedingungen der vermittelten Kommunikation. Einen zentralen Stellenwert nimmt dabei die Herstellung von Öffentlichkeit im und über das Internet ein, da sich hierbei ein grundlegender Wandel abzeichnet. Schließlich wird Öffentlichkeit nicht mehr allein von professionellen Medienschaffenden, sondern zunehmend „von institutionell nicht privilegierten Individuen gestaltet [...], die ihre eigene Umwelt zum Gegenstand des öffentlichen Diskurses machen“ (Thimm, Einspänner & Dang-Anh 2012). Zu Fragen ist daher, wie sich die Herstellung von Öffentlichkeit im Internet verhält und welche Implikationen sich aus den medialen Strukturen für Partizipation und ferner für Bildungsprozesse ergeben.

Vor dem Hintergrund eines deliberativen Demokratiemodells wird nachfolgend zunächst der Öffentlichkeitsbegriff näher betrachtet und im Anschluss auf die Kommunikations- und Partizipationsprozesse im digitalen Raum angewendet. Anhand der Diskussion zur Netzneutralität werden in einem weiteren Schritt die medialen Praktiken zur Herstellung von Öffentlichkeit betrachtet und rückführend grundlegende Fragen zum Öffentlichkeitsbegriff abgeleitet.

Die Fokussierung der Debatte zur Netzneutralität bietet sich in doppelter Weise an. Zum einen wird sichtbar, wie facettenreich die Herstellung von Öffentlichkeit im Internet sein kann und zum anderen werden im Kern Argumente ausgetauscht, die den freien Zugang zu Informationen im Netz thematisieren und das Zusammenspiel von Form und Inhalt innerhalb der medialen Strukturen gewissermaßen selbstreferenziell behandeln. Die Debatte zur Netzneutralität in Deutschland hat durch die angekündigten Festnetz-Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG eine hohe Dynamik bekommen, hieran lassen sich strukturelle Merkmale digitaler Öffentlichkeiten festmachen und die Implikationen

für Fragen der Bildung und gesellschaftlichen Teilhabe ableiten. Abschließend werden die gesammelten Erkenntnisse verdichtet und weitergehende Fragen für die Forschung formuliert.

Öffentlichkeit und Partizipation im Internet

Die Öffentlichkeit bildet für demokratisch verfasste Gesellschaften ein konstitutives Element (vgl. Gimmler 2002: 194) und entwickelt aufgrund ihrer Funktion eine selbstreferenzielle Dimension. Denn dann, wenn Öffentlichkeit für das Gelingen einer Demokratie von elementarer Bedeutung ist, werden die Strukturen der Öffentlichkeit durch normative Ansprüche innerhalb öffentlicher Sphären selbst thematisiert. Für eine öffentlichkeitstheoretische Betrachtung ergibt sich hierbei das Spannungsverhältnis zwischen der prinzipiellen Offenheit und einer selektiven Fokussierung, das mit einem Öffentlichkeitsanspruch einhergeht.

Nach Habermas lässt sich die Öffentlichkeit „am ehesten als ein Netzwerk für Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben“ (1992: 436). Die Öffentlichkeit ist also kein institutionalisierter Raum, sondern muss durch ein interessiertes Publikum und durch kommunikativ handelnde Teilnehmer erst hergestellt und im Diskurs (re-)definiert werden. In der Öffentlichkeit werden sodann gesellschaftliche Fragen „auf dem Wege der rationalen Verständigung untereinander“ (Habermas 1990: 98) kritisch und diskursiv aufgearbeitet, um auf Basis des öffentlichen Diskurses rationale politische Entscheidungsfindung gewährleisten zu können. Habermas formuliert folgende normative Ansprüche als Voraussetzung für einen deliberativen Diskurs: Die Autorität des Arguments kann sich gegenüber der sozialen Hierarchie der Kommunikationsteilnehmer durchsetzen (vgl. ebd.: 97). Der soziale Status der Diskursteilnehmer sei demnach irrelevant. Dies bezieht sich einerseits auf die klassischen Rollen der Sprecher aber auch auf das Publikum. Insbesondere das Einhalten von diskursethischen Kriterien¹ spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Zudem gilt das Prinzip der Offenheit, sowohl für alle gesellschaftlichen Gruppen als auch für die Themen, die sich durch eine gesellschaftliche Relevanz auszeichnen (vgl. ebd.: 99). Hieran gebunden ist eine prinzipielle Problematisierbarkeit aller Themen und Meinungen. Dies setzt einerseits die Artikulation von Standpunkten und andererseits die Begegnung und Aushandlung mit anderen Akteuren voraus und steht somit in direkter Abhängigkeit zu dem Welt- und Selbstverhältnis des Subjekts. Habermas macht in diesem Sinne darauf aufmerksam, dass aus der öffentlichen Beratschlagung Bildung hervorgehen kann. „[D]ie zum Publikum zusammentretenden Privatleute rasonieren auch öffentlich über das Gelesene und bringen es in den gemeinsam vorangetriebenen Prozeß der Aufklärung ein.“ (ebd.:

¹ Eine ausführliche Diskussion von diskursethischen Kriterien findet sich in der Abhandlung zum Begründungsprogramm der Diskursethik bei Habermas (1983).

115). Demnach können Teilhabeprozesse an deliberativen Öffentlichkeiten auch als Bildungsprozesse verstanden werden (vgl. Jörissen & Marotzki 2010: 328).

Das von Habermas formulierte Verständnis von Öffentlichkeit kann als Grundlage für weitere Überlegungen dienen, da die normativen Ansprüche, welche Habermas (1990 [1962]) an einen deliberativen Diskurs formuliert, auch auf die Strukturen des Internet anwendbar sind (vgl. Thimm, Einspänner & Dang-Anh 2012). Spricht man von Öffentlichkeit, geschieht dies meist in Verbindung zu unterschiedlichen Akteuren. Die Frage nach der Rolle des Publikums nimmt im Kontext der öffentlichkeitstheoretischen Betrachtungen daher einen besonderen Stellenwert ein, der aktuell vor dem Hintergrund medialer Transformationen durchaus diskussionswürdig ist. Dies zeigt sich vor allem dann, wenn von passiven Zuschauern ausgegangen wird (vgl. Donges & Imhof 2001) und nicht von einem aktiven Nutzer und Produzenten von Inhalten.

Das klassische Sender-Empfänger-Modell wird im Internet jedoch strukturell abgelöst, jeder Empfänger ist zugleich auch ein potenzieller Sender. Castells (2008: 61) spricht in diesem Zusammenhang von einer *mass self-communication*:

„It is mass communication because it can potentially reach a global audience, as in the posting of a video on YouTube, a blog with RSS links to a number of web sources, or a message to a massive e-mail list. At the same time, it is self-communication the production of the message is self-generated, the definition of the potential receiver(s) is self-directed and the retrieval of specific messages or content from the World Wide Web and electronic communication is self-selected.“

Castells hebt hierbei die Handlungsautonomie des Subjekts hervor, indem er beschreibt, dass die Informationen vom Nutzer selektiv abgerufen werden. Er beschreibt damit die grundlegend offenen Strukturen des Netzes. Die Selektion von Informationen unterliegt verschiedenen Grenzen und wird neben den individuellen Kompetenzen zur Informationsbeschaffung auch von Filteralgorithmen (vgl. Pariser 2011) beeinflusst. Besonders mit Blick auf Regulierungsfragen spielt die Ebene des Softwarecodes daher eine immanente Rolle. Schließlich werden die Rahmenbedingungen für die Kommunikation im Netz durch die Codestrukturen determiniert (vgl. Lessig 1999). „The software that makes the Internet work is a pre-existing ‚law‘ of the Internet, just as gravity and other laws of motion that regulate humans who interact via the internet.“ (Marsden 2010: 106) Dieser Aspekt ist besonders dann von Relevanz, wenn man danach fragt, wie die Strukturen von digitalen Öffentlichkeiten zu fassen sind und welchen Regeln die Kommunikation im Netz folgt.

Das Konzept der von Castells beschriebenen *mass self-communication* lässt sich zwar auch auf die klassischen Formen der computervermittelten Kommunikation, wie E-Mail oder Newsgroups beziehen, es wird jedoch besonders im Kontext des Social Web und unter Berücksichtigung der Herausbildung von digitalen Sozialen Netzwerken interessant. Die Sozialen Netzwerke zeichnen sich in der Regel durch eine hohe Anschlussfähigkeit und niederschwellige Partizipationsmöglichkeiten aus. Darüber hinaus sind Soziale Netzwerke Räume, in denen alltagskreative Selbstentwürfe und –

Inszenierungen stattfinden, geprägt von „Kommunikationen, Interaktionen, Aushandlungsprozessen, von kulturellen und subkulturellen Inszenierungen [...]“ (Jörissen & Marotzki 2014: 327) stellen sie grundlegend einen deliberativen Raum dar. Nach Schmidt (2009) lässt sich in diesem Zusammenhang ein spezifischer Typ von Öffentlichkeit festmachen, den er als „persönliche Öffentlichkeiten“ bezeichnet (ebd.:107). Darunter lässt sich „[...]das Geflecht von online zugänglichen kommunikativen Äußerungen zu Themen von vorwiegend persönlicher Relevanz verstehen, mit deren Hilfe Nutzer Aspekte ihres Selbst ausdrücken und sich ihrer Position in sozialen Netzwerken vergewissern.“ (ebd) Diese Formen der Öffentlichkeit sind als Positionierungen von Nutzern zu verstehen, die sich im Rahmen persönlicher Interessen und Präferenzen einem Publikum präsentieren, ohne eine gesellschaftliche Relevanz zu beanspruchen. Das Modell der persönlichen Öffentlichkeiten bietet einen Zugang zum besseren Verständnis der vielfältigen medienkulturellen Praktiken im Social Web und verdeutlicht zugleich, dass die Grenzziehung der klassischen Sender- und Empfängerrollen zunehmend verschwimmen.

Das Internet beeinflusst die Mechanismen zur Herstellung von Öffentlichkeit nicht nur inhaltlich, sondern vor allem auch strukturell, wie am Beispiel der persönlichen Öffentlichkeiten aber auch an der Bedeutung der Codestrukturen thematisiert wurde. Dies betrifft natürlich auch die professionell hergestellten Öffentlichkeiten, die im Kontext des Journalismus oder der politischen Kommunikation verortet werden können. Das Publikum wird nicht mehr nur als passiver Rezipient und Adressat von öffentlicher Kommunikation verstanden, sondern als aktiver Bestandteil in Kommunikationsprozesse integrierbar. Die Komplexität erwächst hierbei aus dem Zusammenspiel von Sender und Empfänger sowie der vermittelten Kommunikation. Erst wenn Inhalte tatsächlich an ein Publikum gelangen, ergibt sich eine Öffentlichkeit. Dies kann unmittelbar nach der Botschaft oder auch Monate später geschehen, sofern der Inhalt verfügbar und dann noch durchsuchbar ist.

Partizipationsprozesse lassen sich im Netz beobachten und auf unterschiedliche Weise abbilden. Dies hat den Vorteil, dass Teil-Öffentlichkeiten sichtbar gemacht werden und in einen größeren kontextuellen Zusammenhang gestellt werden können. Die Vielfalt der medienkulturellen Praktiken sowie das facettenreiche inhaltliche Angebot fordern jedoch zu einer Eingrenzung und Operationalisierung auf einzelne Phänomene auf.

Bei Dahlgren (2005) lassen sich drei analytische Dimensionen von Öffentlichkeit festhalten, die im weiteren Verlauf genauer betrachtet und die Grundlage für eine spätere Diskussion darstellen sollen. Die Dimensionen umfassen die Struktur, Repräsentation und Interaktion. Die strukturelle Dimension erlaubt es, grundlegende Demokratiefragen, wie die freie Rede oder Zugangsmöglichkeiten, zu betrachten. Die Strukturen der Kommunikationsräume im Internet können somit analytisch erfasst und genauer behandelt werden (vgl. ebd.: 149). Die zweite Dimension, jene der Darstellung beziehungs-

weise Repräsentation, lässt einen fokussierten Blick auf die Angebotsvielfalt der Medieninhalte und -formate zu.

“The representational dimension refers to the output of the media, the mass media as well as ‘minimedia’ that target specific small groups via, for example, newsletters or campaign promotion materials.” (ebd.)

Die dritte Dimension richtet den Fokus auf Interaktion. In Anschluss an Habermas sei Öffentlichkeit im Rahmen eines diskursiven Interaktionsprozess zu konzeptionieren. Dahlgren weist dieser Dimension grundlegend zwei Merkmale zu:

“First, it has to do with the citizens’ encounters with the media—the communicative processes of making sense, interpreting, and using the output. The second aspect of interaction is that between citizens themselves, which can include anything from two-person conversations to large meetings” (ebd.)

Die Interaktion spielt mit Blick auf die vermittelte Kommunikation im Internet eine entscheidende Rolle, schließlich ist sie nicht nur zentrale Grundlage, sondern zugleich der integrale durch die Vielfalt der technologischen Kommunikationsmöglichkeiten² ein komplexer Gegenstand, den es zunächst analytisch zu sondieren gilt. Neben der strukturalen Dimension soll in diesem Beitrag die Ebene der Interaktion und damit verbunden die kulturellen Formen zur Herstellung einer Öffentlichkeit genauer betrachtet und am Beispiel der Diskussion zur Netzneutralität diskutiert werden.

Netzneutralität und Nutzungsfragen

Die Debatte zur Netzneutralität ging von den USA aus und wird seit einiger Zeit auch in Europa geführt (vgl. Vogelsang 2010). In Deutschland hat die Debatte besonders durch die Ankündigungen zu den geplanten Festnetz-Tarifänderungen der Deutschen Telekom im April 2013 eine hohe Intensität bekommen. Diese Entwicklungen sollen im weiteren Verlauf noch genauer betrachtet werden. Zunächst scheint es jedoch sinnvoll zu klären, wie der Netzneutralitätsbegriff gefasst werden kann und welche Dimensionen damit einhergehen.

Netzneutralität bedeutet auf technischer Ebene die ungehinderte und diskriminierungsfreie Übermittlung der Datenpakete von einem Ausgangs- zu einem Zielknoten. Bei dieser Idee der Datenübertragung spielt es keine Rolle, an welches Ziel die Pakete übermittelt werden, woher sie kommen, um welchen Inhalt oder um welche Art des Dienstes es sich handelt (vgl. Wu 2013). Mit dieser grundlegenden Bestimmung von Netzneutralität werden verschiedene Interessengruppen und Perspektiven

² Döring (2003) unterscheidet bei der computervermittelten Kommunikation grundlegend in synchrone- (z.B. Chat, Online-Gaming) und asynchrone Kommunikationswege (E-Mail, Mailinglisten, Newsgroups). Mit dem Aufkommen von Sozialen Netzwerkseiten ist ein struktureller Komplexitätszuwachs zu erkennen, da verschiedene Möglichkeiten zur Kommunikation meist in einem Dienst vereint sind und die Netzwerkstrukturen auch dienstübergreifende Kommunikationswege ermöglichen.

zusammengefasst. Schließlich betrifft die rein infrastrukturelle Betrachtung einerseits die Endkunden und Nutzer aber andererseits auch die Internetdiensteanbieter sowie die kommerzielle oder nicht-kommerzielle Inhalteanbieter. Hahn und Wallsten (2006) halten daher fest, dass eine allgemeingültige Definition relativ schwierig zu formulieren sei und beschreiben eine weitere Dimension, die für die Netzneutralität von hoher Relevanz ist, wie folgt:

“[Net Neutrality] usually means that broadband service providers charge consumers only once for Internet access, don't favor one content provider over another, and don't charge content providers for sending information over broadband lines to end users.” (ebd.: 1)

Der Datenübermittlung im Internet liegt das *Best-Effort-Prinzip* zu Grunde. Die Datenpakete werden dabei nach bestem Bemühen ausgeliefert, gegebenenfalls gestückelt und über den effizientesten Weg weitergeleitet. Best-Effort lässt sich als eine pauschale Qualitätssicherung beschreiben, bei der die Durchgangsknoten in gewisser Weise blind bezüglich der übermittelten Daten sind. So lange es im Netz noch freie Übertragungskapazitäten vorhanden sind, werden die Pakete weitergeleitet.

Das Internet ist historisch gewachsen und hat im Laufe der Jahre einen enormen Komplexitätszuwachs erfahren. Diese kontinuierliche Entwicklung, geprägt von mehrdimensionalen Transformationsprozessen, schlägt sich auch auf die technologische Infrastruktur nieder. Während der Datenverkehr stets zunimmt, stoßen die Internetdiensteanbieter an Kapazitätsgrenzen. In erster Linie werden dabei häufig Videoplattformen thematisiert. So hat sich beispielsweise YouTube zu einem regelrechten Schwergewicht im Social Web entwickelt³. YouTube zeichnet sich durch die vielzähligen Möglichkeiten zur audiovisuellen Artikulation und sozialen Vernetzung aus. Am Beispiel der Fan- und Remixkulturen hat Jenkins (2006) beschrieben, wie durch die medienkulturelle Praktiken auch partizipative Handlungsmuster eröffnet werden. Hierbei wird dem Nutzer eine aktive Rolle zugeschrieben, die auch für die Schaffung von (Gegen-)Öffentlichkeiten (Wimmer 2007) von Relevanz sind. Bruns (2008) hebt in diesem Zusammenhang die Verschmelzung von Nutzungsweisen mit Produktionsvorgängen hervor und zeigt in seinem Ansatz der *Producership*, wie die Grenzen zwischen passivem Konsum und der aktiven Produktion von medialen Inhalten in sozialen Arenen, wie der Wikipedia, der Blogosphäre oder auch bei der Erstellung von Open-Source-Software verschwimmen. Die vernetzte Kommunikation und selbstorganisierten Kollaborationsprozesse können demnach als „[...] Keimzellen politischer Praktiken gewertet werden, da sie eine massenmedial kompatible, hierarchisch strukturierte politische Öffentlichkeit aufbrechen.“ (Wimmer 2014: 51) Am Beispiel von YouTube wird sehr gut deutlich, wie das klassische Sender-Empfänger-Modell strukturell aufgebrochen wird, da jeder Nutzer zugleich ein potenzieller Produzent von Inhalten sein kann. Jörissen und Marotzki (2014) machen

³ Laut Presseangaben des Unternehmens werden pro Minute 100 Stunden Videomaterial hochgeladen und jeden Monat mehr als sechs Milliarden Stunden Material angesehen.
<http://www.youtube.com/yt/press/de/statistics.html> Aufgerufen am 10. Juli 2014

darauf aufmerksam, dass YouTube zu einem nicht geringen Anteil im Kontext der Fankultur zu verorten sei (vgl. ebd.: 325). Zudem stellen sie heraus, dass YouTube sich neben der Möglichkeit zur Selbstthematization auch durch eine Verbreitung privater Videos auszeichne, die durch virale Ausbreitungsformen „[...] teilweise Zuschauerzahlen in zweifacher Millionenhöhe erreichen.“ (ebd.) Die Verbreitungsmöglichkeiten in Kombination zur Selbstthematization haben nicht zuletzt auch zu einer Etablierung des Videobloggings beigetragen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich YouTube auch für viele Unternehmen zu einem zentralen Anlaufpunkt entwickelt hat, wenn es um die Vermarktung eigener Inhalte und Produkte geht (vgl. hierzu Marshall 2011: 415). Für die Diskussionen zur Netzneutralität sind dabei oft die kommerziellen Entwicklungslinien und die neuen Werbe- und Vermarktungswege relevant. Solche medienkulturellen Praktiken haben einen hohen Stellenwert, wenn es um die analytische Betrachtung zur Herstellung von Öffentlichkeiten unter Berücksichtigung der Interaktionsdimension nach Dahlgren geht.

Verfolgt man diese Perspektive weiter, stellt man schnell fest, dass Videomaterial auch in anderen Kontexten eine zunehmende Rolle spielt: So haben sich kommerzielle Video-On-Demand-Portale, wie Watchever, Amazon Instant Video im deutschsprachigen Raum oder Netflix im englischsprachigen Raum, mit ihrem Angebot als überaus erfolgreich erwiesen. Die Möglichkeit, Filme oder Serien jederzeit über das Internet zu schauen, sorgt für eine neue Dynamik am Markt und beeinflusst die Stellung der Netze und somit auch die Position der Netzanbieter in einem nicht geringen Maße. Schließlich ist das Datenaufkommen beim Streaming oder Download von Filmen oder Serien besonders im HD-Format relativ hoch. Mit Blick auf den Nutzer geht es dabei in erster Linie um den Konsum von kommerziellen Angeboten, weshalb diese Perspektive, der einer vernetzten Kommunikation und dem Argument des aktiven Nutzers gegenübergestellt werden kann.

Die hier angeführten Beispiele sind sicher nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was tagtäglich in Form von Bits und Bytes durch das Netz transportiert wird, sie genügen jedoch, um die Eckpunkte der jüngeren Entwicklungen und die damit verbundenen Forderungen nach Netzneutralität beziehungsweise verschiedene Positionen zur Regulierung zu verdeutlichen. Es sind die neuen Verflechtungen von Inhalten/Inhaltsanbietern und Netzen/Netzanbietern, wie am Beispiel der Video-On-Demand-Plattformen gezeigt, die neue Problemstellungen und Fragen aufwerfen. Daher kann Netzneutralität durchaus verschiedenartig von Nutzern sowie Inhalte- und Diensteanbietern interpretiert werden, schließlich gehen mit den unterschiedlichen Positionen auch unterschiedliche wirtschaftliche und technische sowie soziale Abhängigkeiten einher. Vogelsang (2010) definiert Netzneutralität aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive grundlegend so, „[...] dass eine netzseitige Chancengleichheit des Wettbewerbs zwischen Inhalte- und Diensteanbietern im weiten Sinne“ erfüllt sei (vgl. ebd.).

Dieser Ansatz klammert den Endverbraucher zunächst aus. In Ergänzung dazu definiert Berners-Lee (2006) die Netzneutralität aus Sicht des Nutzers wie folgt:

“If I pay to connect to the Net with a certain quality of service, and you pay to connect with that or greater quality of service, then we can communicate at that level.”

Diese Perspektive ist deshalb interessant, weil sie einen grundlegenden Gedanken zum Zugang von Informationen zulässt. Ein neutrales Netz bildet die Basis dafür, dass zwei individuelle Parteien trotz unterschiedlicher Zugangsvoraussetzungen auf einer grundlegenden Ebene miteinander kommunizieren können. Berners-Lee spricht sich dabei in erster Linie für einen gleichberechtigten Zugang zu digitalen Kommunikationsräumen aus. Dies kommt dem Prinzip des allgemeinen Zugangs, wie es Habermas (1990: 156) formuliert hat, insofern nah, als dass der digitale Diskurs ebenso frei von Zugangsbarrieren im Sinne von Priorisierungen sein sollte. „Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht nur etwa unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit.“ (ebd.). Damit werden Zugangsfragen thematisiert, die im Zuge der Ungleichheitsforschung erneute Perspektiven und Herausforderungen mit sich bringen⁴.

Die hier dargelegte Skizzierung des Netzneutralitätsbegriffs zeigt, dass es sich um ein mehrdimensionales Problemfeld handelt, da sowohl technische als auch kulturelle Aspekte sowie unterschiedliche ökonomische und politische Interessen ineinander verwoben sind. Die Herausforderungen ergeben sich dabei einerseits aus den unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen der einzelnen Länder und andererseits aus der Architektur des Netzes, die keine Ländergrenzen kennt. Den radikalen Forderungen nach Netzneutralität, die sich gegen eine jegliche Kontrollinstanz im Netz aussprechen, stehen die Befürworter von Regulierungs- und Priorisierungssystemen gegenüber. Dazwischen sind Überlegungen zu hybriden Lösungen angesiedelt (vgl. hierzu Marsden 2010). Wenngleich die Situation zur Netzneutralität in den USA eine andere ist als in Europa und es selbst innerhalb Europas verschiedene unterschiedliche Richtlinien und gesetzliche Regelungen zur Netzneutralität gibt⁵, bleiben die Kernargumente oft ähnlich. Diese beschäftigen sich mit den Fragen der Regulierung und Priorisierung. Sie stehen damit im Interessenfeld von Internetdiensteanbietern aber auch den Inhalte- und Diensteanbietern und zeichnen sich zunächst durch ein ökonomisches Problemszenario aus. Durch die Eingriffe in die Infrastruktur des Netzes ergeben sich neue Grundsatzfragen. Wer darf in welchem

⁴ Es handelt sich dabei erneut um Fragen des Zugangs, jedoch vor einem neuen Hintergrund. Ausgangspunkt ist eine technologisch-infrastrukturelle Spaltung, hervorgerufen durch Priorisierungs- und vor allem Regulierungsfragen der Internetdiensteanbieter. Diese Ungleichheiten können als *zero-level divide* bezeichnet werden, da sie dem dem *first- und second-level divide* gewissermaßen vorgelagert sind (vgl. hierzu ausführlicher Iske & Verständig 2014).

⁵ Während es strikte gesetzliche Regelungen in den Niederlanden gibt, ist beispielsweise der britische Raum von einem freien Markt geprägt, bei dem sich verschiedene Internetdienst- und Mobilfunkanbieter auf einen Kodex zur Netzneutralität geeinigt haben. In Deutschland gibt es derzeit keine gesetzlich festgeschriebenen Regelungen zur Netzneutralität.

Maße den Datenverkehr regulieren? Welche Auswirkungen haben Priorisierungssysteme auf die Informationsbeschaffung und den freien Zugang allgemein? Damit werden Fragen aufgeworfen, die weit über wirtschaftliche Interessen einzelner Gruppierungen hinausgehen und grundsätzliche Kategorien und Werte wie der freie Zugang zu Informationen und die grundlegende Teilhabechancen berühren.

„Drosselkom“ und die Vielfalt der Partizipationsmöglichkeiten

Am 22. April 2013 kündigte die Deutsche Telekom die Pläne zur Änderung der Festnetz-Tarifstruktur an⁶. Dabei geht es einerseits um eine Abschaffung einer unbegrenzten Datenflatrate und die damit verbundene Einführung einer Volumenbegrenzung und andererseits um die Einführung von Priorisierungsverfahren von Inhalten und Diensten.

Begründet wird dieser Schritt in erster Linie mit dem rasanten Anstieg des Datenverkehrs im Netz und den damit verbundenen Kosten, die das Unternehmen tragen muss, um einen Ausbau der Infrastruktur zu gewährleisten. Mit einer vertraglich festgelegten Volumenbegrenzung wird ein Weg eingeschlagen, der bereits im Kontext des mobilen Internetzugangs etabliert ist. Ist die monatliche Volumengrenze erreicht, sehen die Leistungsbeschreibungen eine einheitliche Reduzierung der Internetbandbreite auf 384 KBit/s vor. Eine solche Herabsetzung der Bandbreite würde jedoch nicht nur bedeuten, dass einige Inhalte nur verzögert abrufbar und nutzbar sind, es würde dazu führen, dass einige Angebote gar nicht mehr wahrgenommen werden können, da eine entsprechende Konsumqualität, wie ein störungsfreies Anschauen von HD-Filmen, de facto nicht möglich ist. Hervorzuheben ist dabei auch, dass von einer *einheitlichen* Herabsetzung der Bandbreite gesprochen wird, es würde dann also keine Rolle spielen, welche Bandbreite über den Internetzugang grundsätzlich zur Verfügung steht. Dies sollte zunächst nur Neukunden, welche einen Vertrag ab dem 2. Mai 2013 abschließen, betreffen. Bestehende Kunden sollten von diesen Plänen nicht betroffen sein. Zudem verdeutlichte die Telekom in der Pressemitteilung vom 22. April 2013, dass die Umsetzung der ab Mai 2013 vertraglich festgelegten Limitierung technisch nicht vor 2016 erfolgen werde und ein genauer Termin von der Verkehrsentwicklung im Internet abhängen würde. Ergänzend dazu wurde ein weiterer Punkt bekannt gegeben, der für den Diskurs um Netzneutralität die zentrale Rolle spielen soll. Die Telekom eröffnete Inhalteanbietern wie YouTube oder Spotify die Möglichkeit, diese Beschränkung durch vertragliche Regelungen zu umgehen, da diese Inhalte bevorzugt behandelt werden und somit nicht zum tatsächlichen Datenvolumen angerechnet werden. Dieses Prinzip der *Managed Services* steht im Gegensatz zum *Best-Effort Delivery* und hat sowohl für Unternehmen als auch für die End-

⁶ Pressemitteilung der Telekom zur Änderung der Tarifstruktur für das Festnetz vom 22. April 2013 <http://www.telekom.com/medien/produkte-fuer-privatkunden/184370> zugegriffen am 15. Juli 2014

kunden weitreichende Konsequenzen. Für Unternehmen bedeutet dies, dass die Inhalte und Produkte Bestandteil der Priorisierung sind und sich hieraus neue Marktdynamiken ergeben werden. Dies hätte zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Endkunden. Durch eine Vorstrukturierung der Inhaltsangebote wird die Entscheidungsfreiheit der Kunden eingegrenzt und zugleich in eine erhöhte Abhängigkeit zum sozioökonomischen Status gestellt.

Auch für die Telekom ergeben sich hieraus direkte Konsequenzen, die es mit Blick auf die Positionierung am Markt kritisch zu betrachten gilt. Schließlich ist das Unternehmen nicht nur Internetdiensteanbietern, sondern mit Angeboten wie T-Entertain zugleich auch Inhalteanbieter. Eine Priorisierung der eigenen Dienste kann dem Internetdiensteanbieter demnach einen direkten Marktvorteil verschaffen.

Mit einem solch geplanten Vorhaben der Telekom ist ein Szenario in greifbare Nähe gerückt, welches die Rahmenbedingungen für die Kommunikation und soziale Interaktion im Internet grundlegend verändern könnte. So wurden Kritiken bezüglich des strategischen Vorgehens laut und Argumente vorgebracht, weshalb eine solche Entwicklung weitreichende Konsequenzen haben kann. Für Malte Spitz ist diese Entwicklung der gezielte Versuch die Netzneutralität abzuschaffen⁷.

Die Bekanntmachung der Telekom hat vielerorts für Proteste gesorgt. So wurde dem Unternehmen innerhalb kurzer Zeit der spöttische Name *Drosselkom* gegeben, der später auch von den klassischen Medienanstalten so aufgegriffen wurde. Bereits einen Tag nach den Ankündigungen der Telekom wurde eine Petition auf dem Online-Portal des Bundestags gestartet⁸. In dieser rief der Hauptpetent Johannes Scheller den Bundestag dazu auf, ein Gesetz zu beschließen, welches die Internetdiensteanbieter in Deutschland zur Einhaltung der Netzneutralität verpflichtet. Innerhalb von vier Tagen schlossen sich mehr als die innerhalb von vier Wochen geforderten 50.000 Unterstützer der Forderung an. Die Petition gewann insgesamt 76.530 Unterstützer. Am 24. Juni 2013 fand die öffentliche Anhörung des Physikstudenten im Parlament statt⁹. Mit dieser Petition wurde ein publikumswirksamer Schritt gegangen, der zu einer beträchtlichen Öffentlichkeit führte und nicht zuletzt auch von einer extrem kurzen Reaktionszeit geprägt ist. Doch schon vor Schellers Bundestags-Petition wurde eine weitere auf der themenübergreifenden Plattform change.org gestartet. Adressiert an die Deutsche Telekom AG und den damaligen Wirtschaftsminister der Bundesregierung Rösler wurden auch

⁷ <http://www.zeit.de/digital/internet/2013-04/telekom-netzneutralitaet-drossel>

⁸ Weitere Informationen zur ePetition sind unter folgender URL zu finden.

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2013/_04/_23/Petition_41906.nc.html

⁹ Zur Anhörung gab es eine Live-Berichterstattung durch Netzpolitik.org, zu finden unter: <https://netzpolitik.org/2013/loveblog-anhoerung-von-johannes-scheller-zu-netzneutralitaet-im-petitionsausschuss/>

hier die Netzneutralität und ein Abrücken der Drosselungspläne gefordert. Die Petition wurde zudem durch das Blog drosselkom.tumblr.com begleitet und erreichte eine Unterstützerzahl von 205.368 Personen.

Neben dieser Form der politischen Partizipation hat es vielfache Reaktionen und Erwähnungen im Netz gegeben, die sich in erster Linie durch kulturelle Praktiken und fortwährende Kampagnen beschreiben lassen. Als ein Beispiel hierfür kann der T-Remixer¹⁰ des Vereins *Digitale Gesellschaft e.V.* gesehen werden. Dabei handelt es sich um ein Remix-Werkzeug, mit dem die Nutzer Werbemotive der Telekom mit eigenen, zweizeiligen Textbotschaften versehen können. Die hieraus erstellten Grafiken können heruntergeladen, über die Sozialen Netzwerke geteilt oder anderweitig verwendet werden. Diese Praktik der visuellen Kommunikation ist gezielt in Anlehnung an eine Meme¹¹-Kultur entwickelt worden und bietet daher eine hohe Anschlussfähigkeit für medienkulturelle Partizipationsprozesse.

Eine weitere Reaktion, die eine hohe Sichtbarkeit und Publikumswirkung erzielte, ist der YouTube-Clip¹², den Mario Sixtus gemeinsam mit Alexander Lehmann und Enno Park realisierte. Unter dem Titel „Telekom – Netz der Zukunft“ werden die zuvor angekündigten Drosselungspläne in Form einer vermeintlichen Werbebotschaft des Unternehmens in satirischer Form verkündet. Doch die Botschaft lässt sich nicht allein am audiovisuellen Material festmachen. So wird in der Beschreibung des Videos dazu aufgerufen, sich direkt bei Fragen, Anregungen und vor allem Kritik an die Feedback-Kanäle der Deutschen Telekom zu wenden. In Verbindung zu dem Video wurden unter <http://www.netzneutralitaet.cc> Links zu Artikeln, weiteren Kampagnen und anderen Aktionen gesammelt und strukturiert aufbereitet.

Auf Twitter wurde das Thema unter dem Hashtag #drosselkom verbreitet und diskutiert. Dabei wurde der Begriff *Drosselkom* schnell zu einem Synonym für die Netzneutralitätsdebatte, so dass im Anschluss an die Pläne der Telekom ähnliche Vorhaben anderer Unternehmen über das Hashtag erwähnt wurden.

Die folgende Grafik zeigt den Verlauf der öffentlichen Erwähnungen, die im Zeitraum vom 23. April bis 4. Juli 2013 erfasst wurden¹³. Anhand der Abbildung lassen sich Kongruenzen zu den Hauptereig-

¹⁰Der Remixer findet sich unter <http://hilf-telekom.de> und stellt eine Parodie auf das Motto des Kundenservice der Deutschen Telekom „Telekom hilft“ dar. Beim letzten Zugriff am 24. August 2014 wurden 4761 Remixe gezählt.

¹¹ Ein Mem bezeichnet die Verbreitung eines kulturellen Artefakts, einen Witz, ein Gerücht oder eines kulturellen Brauchs innerhalb populärkultureller Strukturen. Das Konzept geht auf Dawkins (1976) zurück. Durch das Internet haben sich die audiovisuellen Praktiken zur Verbreitung und der Kommunikation neu definiert.

¹² <https://www.youtube.com/watch?v=AQTKUjhVUf4> Zugriffen am 16. Juli 2014.

¹³ Die Erfassung der öffentlich zugänglichen Daten erfolgte über den Zugriff auf die Twitter Streaming API und wurde durch eine PHP Umgebung in Kombination mit einer MySQL-Datenbank realisiert. Neben den Erwähnungen auf Twitter wurde zudem auch auf Facebook und in verschiedenen Blogs gesucht. Während die Erfassung auf Facebook automatisiert werden konnte, wurden die Blogs manuell selektiert und betrachtet. Dabei

nissen im Verlauf der Drosselkom-Debatte ablesen und weiter untersuchen. Die digitalen Entwicklungen lassen sich im Sinne von Anomalien im Datenstrom hinsichtlich der einzelnen Ereignisse genauer untersuchen.

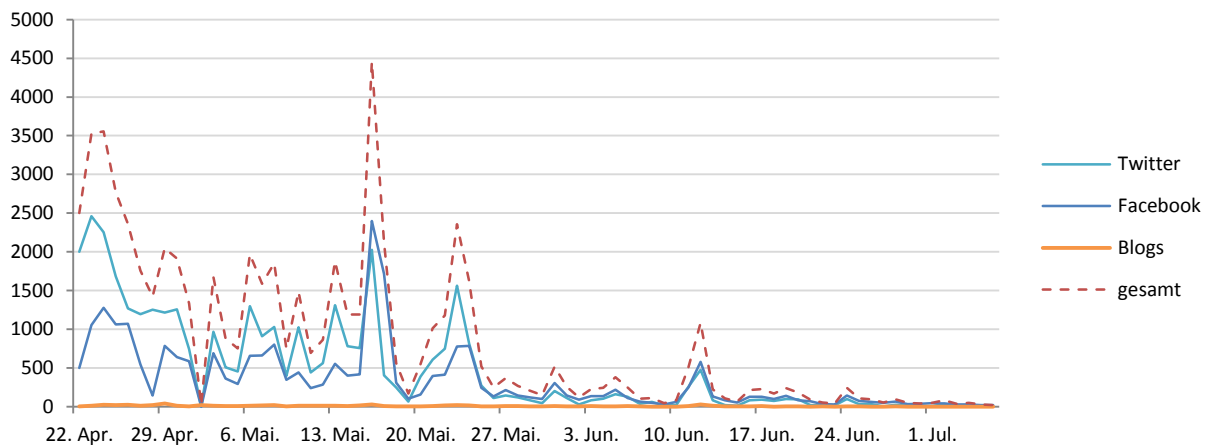


Abbildung 1 Erwähnungen zu #drosselkom im Zeitraum vom 22. April bis 4. Juli 2013

Die Visualisierung der klassischen Blogstrukturen kann selbstverständlich nicht mit den vielfachen Erwähnungen der Sozialen Netzwerke Twitter und Facebook direkt verglichen werden, da die Diskussionen hier anderen strukturellen Merkmalen zuzuschreiben sind. Für eine weiterführende Betrachtung der Diskursräume spielen die unterschiedlichen Blogs jedoch eine entscheidende Rolle, da es sich dabei um persistente Räume handelt. Auch sind bei Erwähnungen und Reaktionen Doppelungen zu verzeichnen: So wurde ein Tweet beispielsweise mehrfach gezählt, wenn es sich dabei um einen Retweet handelt. Insbesondere die Praktik des Retweeting, also die einfache und schnelle Weitergabe einer Nachricht, eines Updates an sein eigenes Follower-Netzwerk (vgl. hierzu boyd, Golder & Lotan 2010; Halavais 2014), stellt einen wesentlichen Schritt zur Steigerung der Sichtbarkeit einer Nachricht her.

Zudem wurden auf dem Microblogging-Dienst Twitter verschiedene Benutzerkonten angelegt. Während sich @drosselkom, @dkom_hilft oder @drosselkom_de meist durch satirische Tweets auszeichneten, sollte der digitale Protest über das Konto @drosseldemo sowie das Hashtag #drosseldemo auf die Straße gebracht werden. In Ergänzung dazu verweist @drosseldemo in den Profilangaben auch auf ein Wiki¹⁴, welches zur Planung und Vorbereitung von Demonstrationen aber auch zur Darlegung der Argumente und Fragen sowie zum gemeinsamen Arbeiten bereitgestellt wurde.

wurden die Tweets auch als eine Datengrundlage genutzt, da Blogpostings auch über Twitterlinks verteilt wurden. Daher muss auch festgehalten werden, dass die Analysen lediglich ein ungefähres und bei weitem kein absolutes Bild der vielzähligen und heterogenen Aktivitäten zeichnen.

¹⁴ Die Wiki-Seiten zu drosselkom sind unter <http://drosselkom.protestwiki.de> zu finden und bilden einen Schwerpunkt aus verschiedenen netzpolitischen Themen, die unter der Domain protestwiki.de zu finden sind.

Parallel zu den digitalen Protesten forderte die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen am 6. Mai 2013 die Deutsche Telekom per Abmahnung dazu auf, die umstrittenen Tarifänderungen zu revidieren¹⁵. Da die Telekom auf eine fristgerechte Unterlassungserklärung verzichtete, wurde der Fall vor dem Landgericht Köln verhandelt. Das Gericht schloss sich der Position der Verbraucherschützer an und erklärte die Klauseln in der Urteilsverkündung vom 30. Oktober 2013 für unzulässig. Darauf reagierte das Unternehmen und erklärte in einem Blogpost vom 2. Dezember 2013, wie es in Zukunft mit dem Thema umgehen will¹⁶. Auf die starken und vielfältigen Proteste reagierte die Telekom bereits im Mai 2013 und revidierte die im April gemachten Angaben insofern, als dass die gedrosselte Geschwindigkeit nun 2 Mbit/s und nicht mehr lediglich 384 Kbit/s betragen solle¹⁷. Damit wäre natürlich mehr Handlungsspielraum auch unter den Bedingungen einer eingeschränkten Bandbreite möglich.

Festhalten lässt sich bei beiden Petitionen, dass durch die unterschiedlichen Beteiligungsplattformen innerhalb kurzer Zeit Protest-Kampagnen gestartet und weiterführend betreut werden konnten. Die schnelle Erstellung einer Online-Petition kann dabei jedoch lediglich als Impulsgeber gesehen werden und ist längst kein Garant für eine erfolgreiche Kampagne. Gleichwohl spielen die zur Verfügung stehenden digitalen Werkzeuge offenbar eine selbstverständliche Rolle bei der Schaffung von Öffentlichkeiten und nehmen somit eine wichtige Rolle bei der politischen Partizipation ein. Dies ist besonders deswegen hervorzuheben, weil es eine Vielzahl von Beteiligungsplattformen im Netz gibt und die darüber verhandelten Themen eine hohe Bandbreite bezüglich der öffentlichen Relevanz einnehmen können. Schließlich kann jeder Nutzer sein Anliegen bzw. Protest auf einer der Plattformen formulieren. Dies hat schließlich auch die begründete Kritik des „Click Activism“ (vgl. Schulz 2010) und einer mangelnden Nachhaltigkeit digitaler Protestkulturen hervorgebracht. Bemerkenswert ist daher, dass die Petition von Johannes Scheller das geforderte Minimum an Mitzeichnern innerhalb von nur drei Tagen erreichte und so der Transfer des digitalen Protests in den politischen Kontext realisiert wurde. Es bleibt jedoch offen, welche weiteren politischen und technologischen Implikationen mit diesen Entwicklungen einhergehen.

Obwohl gezeigt werden konnte, dass die vielfältigen Protestaktionen eine Aufmerksamkeit geschaffen haben und Auseinandersetzung mit dem Thema Netzneutralität auf unterschiedliche Art und Weise stattfand, gilt es die strukturellen Merkmale der computervermittelten Kommunikation sowie grundlegende Voraussetzung zur effektiven Partizipation zu berücksichtigen, da diese zugleich auch

¹⁵ Kritisiert wurden eine „unangemessene Benachteiligung“ sowie die Verletzung der Netzneutralität. <http://www.vz-nrw.de/verbraucherzentrale-nrw-mahnt-telekom-klauseln-ab-flaterate-drosselung-unzulaessig>

¹⁶ <http://blog.telekom.com/2013/12/02/mehr-transparenz-fuer-unsere-kunden/>

¹⁷ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/netzwirtschaft/dsl-drosselung-telekom-rudert-bei-internetdrosselung-zurueck-12218949.html> Zugegriffen am 16. Juli 2014

ein Selektionskriterium bezüglich gesellschaftlicher Teilhabe darstellen. Jeffrey Wimmer (2014: 62) hält in diesem Zusammenhang kritisch fest,

„[...]dass Menschen der Gedanke, sich mit einem speziellen Projekt auseinanderzusetzen, leichter fällt als die Bereitschaft, sich generell an politischen Diskursen zu beteiligen. Ausgehend von einer Einzelaktion kann demnach nicht von der generellen Zunahme von politischer Partizipation durch Online-Angebote ausgegangen werden.“

Unter den Bedingungen der Mediatisierung und im Kontext medialer Artikulation sind die digitalen Kommunikationsprozesse jedoch von hoher Relevanz, schließlich können sie einen zentralen Beitrag zur Befähigung der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung im Rahmen kultureller Praktiken leisten und sich in ihrer Qualität vom einfachen medialen Konsum im Sinne eines passiven Zuschauers abgrenzen. Mit Blick auf die digitale Ungleichheitsforschung ergeben sich aus den Regulierungs- und Priorisierungsprozessen zugleich neue Herausforderungen, die es genauer zu betrachten gilt. Zwar wurden diese Implikationen bezüglich der Verfügbarkeit und des Zugangs bereits vor 10 Jahren unter anderem von DiMaggio et al. (2004) in den Fokus der Untersuchung gerückt, jedoch haben sich die Rahmenbedingungen unter denen administrative Regulierungsprozesse bezüglich des Internet verhandelt werden, spätestens seit den Enthüllungen durch Edward Snowden grundlegend gewandelt. Auch mit Blick auf die kommerziellen Entwicklungen muss sich die Debatte um Netzneutralität im Kern auch der Frage widmen, wie sich Eingriffe auf die Inhalte und deren Regulierung, Filterung und Priorisierung auf ein demokratisches Internet auswirken.

Fazit und Ausblick

Die Debatte um Netzneutralität steht in zweierlei Hinsicht in einem engen Verhältnis zum Öffentlichkeitsbegriff und einem deliberativen Demokratiemodell. Schließlich geht es einerseits um die Frage, in welchem Maße das Internet für eine Zugangskontrolle und somit auch der Regulierung von Inhalten benutzt werden kann. Mit dieser Frage sind sowohl die Endkunden und Nutzer als auch die Inhalteanbieter konfrontiert. Auf der Ebene der Nutzer werden hierbei grundlegende Werte wie die Meinungs- und Informationsfreiheit berührt. Andererseits konnte am Beispiel von #drosselkom verdeutlicht werden, welche Bedeutung die verschiedenen digitalen Werkzeuge und Dienste zur Schaffung einer Öffentlichkeit haben können. Dies gilt sowohl für die Nutzer, im Sinne einer partizipativen Haltung, als auch für die professionell hergestellten Öffentlichkeiten. Letztere wurden in diesem Beitrag zwar erwähnt, jedoch nicht zum zentralen Gegenstand erhoben. Hier ergeben sich wichtige Anschlussfragen zur Publizistik und Online-Journalismus, die aktuell in der Kommunikationswissenschaft diskutiert werden.

Die Bandbreite des diskursiven Austauschs ist dabei ebenso vielfältig wie die Angebote selbst. Während der Microblogging-Dienst Twitter aufgrund seiner strukturellen Merkmale beispielsweise zur

Schaffung von ad-hoc-Öffentlichkeiten hervorragend geeignet ist, bietet die klassische Blogosphäre den Raum zum fortwährenden diskursiven Austausch. Die Vielfalt der eingesetzten Werkzeuge, Dienste und Mittel bildet offenbar den Schlüssel für eine hohe Dynamik und Sichtbarkeit über die Grenzen der einzelnen Netzwerke hinaus.

Die Diskussion hat zudem gezeigt, dass die Bandbreite der Argumentationsformen sehr hoch ist und vom humoristischen, satirischen Kommentar über lange textbasierte Auseinandersetzungen hin zu umfangreichen audiovisuellen Artikulationen reicht. Es wäre demnach zu kurz gegriffen, politische Diskussionen nur im Kontext rationaler Entscheidungsfindungen zu verorten und die medienkulturellen Praktiken dabei zu vernachlässigen. Zugleich lässt sich eine Professionalisierung der digitalen Partizipationsprozesse ablesen. Für die Herausbildung von Öffentlichkeiten ergeben sich hieraus direkte Konsequenzen, die es im Zuge zukünftiger Forschung genauer zu betrachten gilt. Der wissenschaftliche Diskurs zur Netzneutralität wird sowohl in den USA als auch in Europa weitestgehend von Wirtschafts- und Rechtswissenschaften geführt. Durch die vielfältigen Konsequenzen, die sich aus einer Verletzung der Netzneutralität ergeben, lassen sich jedoch auch Fragestellungen zur gesellschaftlichen Teilhabe sowie dem freien Zugang von Informationen ableiten.

Soziale Netzwerke begünstigen die Bedingungen zur Herausbildung von ad-hoc-Öffentlichkeiten und dienen scheinbar hervorragend zur schnellen Verbreitung von Informationen, jedoch ist auch dieser Informationsfluss von verschiedenen Grenzen (Aufmerksamkeitsökonomie, Sichtbarkeit, Diskursivität, Zugangsfragen) geprägt. Es scheint paradox, dass eben die massenhafte Durchdringung digitaler Kommunikationstechnologien einer Demokratisierung entgegensteht. Da in Sozialen Netzwerken vergleichsweise schnell und auf niedrigschwellige Weise Öffentlichkeiten geschaffen werden können, muss daher der Frage nachgegangen werden, wie nachhaltig diese Entwicklungen sind. Während die Informationen auf Twitter schnell verbreitet werden und somit Impulse und Grundlagen für Diskurse geschaffen werden, finden sich ausführliche Diskussionen und Kommentationen eher in etablierten Blogstrukturen wider. Auch hier spielt Sichtbarkeit zwangsläufig eine tragende Rolle. Es ließ sich am Beispiel von #drosselkom beobachten, dass die „schnellen“ Dienste einerseits zur Schaffung einer Öffentlichkeit genutzt und andererseits immer wieder aktiviert wurden, wenn es um die Aktualisierungen von Diskussionen ging, die jedoch in anderen sozialen Arenen stattfanden. Es muss nun geprüft werden, welche Ausprägung ein Diskurs in welchen Arenen hat, so ist die Determination von 140 Zeichen auf Twitter ein Indiz hierfür, dass eine Argumentationskultur notwendigerweise über weitaus mehr als rein sprachliche Mittel stattfinden muss. Im Zuge dessen muss zudem auch kritisch untersucht werden, wann es sich um eine Argumentation handelt und wie diese von der Verbreitung eines Statements differenziert. Durch die niederschweligen Kommunikationsmöglichkeiten und die Reduktion der Inhalte auf ein Mindestmaß ergeben sich natürlich auch neue Herausforderungen im

Umgang mit diesen medialen Rahmenbedingungen, die es mit Blick auf Bildungsprozesse ebenso zu berücksichtigen gilt. Die medialen Architekturen können daher hinsichtlich ihrer unterschiedlichen strukturellen Merkmale untersucht werden, um einerseits Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Formen der Online Deliberation vorzufinden sind. Andererseits kann über einen strukturanalytischen Zugang eine Sichtbarmachung und Einordnung unterschiedlicher Phänomene geschaffen werden. Letzteres ist besonders dann interessant, wenn man unter den Bedingungen der Mediatisierung nach Bildungsprozessen fragt, da diese nicht nur in beziehungsweise über die unterschiedlichen Medien stattfinden, sondern auch durch die medialen Strukturen beeinflusst werden. Bezüglich einer öffentlichkeitstheoretischen Betrachtung kann die Sichtbarmachung von Teil-Öffentlichkeiten neue sowie bereits behandelte Fragen unter erneuter Perspektive eröffnen.

Literatur

Berners-Lee, Tim (2006). "Net Neutrality: This is serious". timbl's blog. URL:

<http://dig.csail.mit.edu/breadcrumbs/node/144> Zugegriffen am 14. März 2014

Biermann, Ralf; Fromme, Johannes; Verständig, Dan (Hg.) (2014). Partizipative Medienkulturen.

Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe. Wiesbaden:

Springer VS.

boyd, danah; Golder, Scott; Lotan, Gilad. 2010. "Tweet, Tweet, Retweet: Conversational Aspects of

Retweeting on Twitter." HICSS-43. IEEE: Kauai, HI, January 6.

Bus, Jacques (Hg.) (2012) Digital enlightenment yearbook 2012. Amsterdam, Washington, D.C.: IOS

Press.

Bruns, Axel. (2008). Blogs, wikipedia, second life, and beyond: From production to produsage. New

York: Peter Lang.

Castells, Manuel (2009). Communication power. Oxford, UK, New York: Oxford University Press.

Consalvo, Mia; Ess, Charles (Hg.) (2011). The Handbook of Internet Studies. Malden, Mass: Wiley-

Blackwell (Handbooks in communication and media).

Dahlgren, Peter (2005) The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and

Deliberation. *Political Communication*, 22:2, 147-162.

DiMaggio, Paul; Hargittai, Eszter; Celeste, Carol & Shafer, Steven (2004). From Unequal Access to

Differentiated Use. In Neckerman K. (Hg.), *Social Inequality*. New York: Russell Sage Foundation, S.

355-400.

Donges, Patrick; Imhof, Kurt (2001). Öffentlichkeit im Wandel. In: Otfried Jarren und Heinz Bonfadell

(Hg.), *Einführung in die Publizistikwissenschaft*. Bern: Haupt, (S. 101-133).

- Döring, Nicola (2003). Sozialpsychologie des Internets. Die Bedeutung des Internets für Kommunikationsprozesse, Identität, soziale Beziehungen und Gruppen. Göttingen: Hogrefe.
- Habermas, Jürgen (1983). Moralbewußtsein und Kommunikatives Handeln. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990 [1962]). Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992). Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hahn, Robert W.; Wallsten, Scott (2006). The Economics of Net Neutrality (April 2006). AEI-Brookings Joint Center Working Paper No. RP06-13. Verfügbar unter SSRN: <http://ssrn.com/abstract=943757> Zugegriffen am 14. Juli 2014.
- Halavais, Alexander (2014). Structure of Twitter: Social and Technical. In Katrin Weller, Axel Bruns, Jean Burgess, Merja Mahrt und Cornelius Puschmann (Hg.), Twitter and society (Digital formations, vol. 89), (S. 29–42).
- Hargittai, Eszter; Hsieh, Yu-li Patrick (2013). Digital Inequality. In William H. Dutton (Hg.), Oxford Handbook of Internet Studies. Oxford: Oxford University Press, (S. 129-150).
- Hugger, Kai-Uwe (Hg.) (2014). Digitale Jugendkulturen. Zweite Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Iske, Stefan; Verständig, Dan (2014). Medienpädagogik und die Digitale Gesellschaft – Im Spannungsfeld von Regulierung und Teilhabechancen. Medienimpulse 4/2014. Online unter <http://www.medienimpulse.at/articles/view/751>.
- Gimmler, Antje (2000). Deliberative Demokratie, Öffentlichkeit und das Internet. In Mike Sandbothe und Winfried Marotzki (Hg.), Subjektivität und Öffentlichkeit. Köln: Herbert von Halem, S. 191-208
- Jarren, Otfried; Bonfadelli, Heinz (Hg.) (2001). Einführung in die Publizistikwissenschaft. Bern: Haupt.
- Jenkins, Henry (2006). Convergence culture: Where old and new media collide. New York: NYU Press.
- Joyce, Mary (Hg.) (2010), Digital activism decoded. New York: International Debate Education Association.
- Jörissen, Benjamin; Marotzki, Winfried (2009). Medienbildung - Eine Einführung. Theorie - Methoden - Analysen. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Jörissen, Benjamin; Marotzki, Winfried (2010). Medienbildung. In: Ralf Vollbrecht und Claudia Wegener (Hg.), Handbuch Mediensozialisation. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 432–436.
- Jörissen, Benjamin; Marotzki, Winfried (2014). Medienbildung in der digitalen Jugendkultur. In Kai-Uwe Hugger (Hg.), Digitale Jugendkulturen. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS, (S. 317-331).

- Krotz, Friedrich; Hepp, Andreas (Hg.) (2012). *Mediatisierte Welten. Forschungsfelder und Beschreibungsansätze*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lessig, Lawrence (1999). *Code and Other Laws of Cyberspace*. New York Basic Books.
- Marsden, Christopher T. (2010). *Net Neutrality: Towards a Co-regulatory Solution*: Bloomsbury Academic.
- Marshall, David. P. (2011). *Newly Mediated Media: Understanding the Changing Internet Landscape of the Media Industries*. In: Mia Consalvo und Charles Ess (Hg.), *The Handbook of Internet Studies* (S. 406-423).
- Neckerman, Kathryn (2004) (Hg.). *Social Inequality*. New York: Russell Sage Foundation.
- Pariser, Eli (2011). *The filter bubble. What the Internet is hiding from you*. New York: Penguin Press.
- Rheingold, Howard (1993). *The virtual community. Homesteading on the electronic frontier*. Reading, MA: Addison-Wesley Pub. Co.
- Rheingold, Howard (2003). *Smart mobs. The next social revolution*. Cambridge, MA: Perseus Pub.
- Sandbothe, Mike; Marotzki, Winfried (Hg.) (2000). *Subjektivität und Öffentlichkeit*. Köln: Herbert von Halem.
- Schmidt, Jan (2011). *Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0*. 2., überarb. Aufl. Konstanz: UVK (Kommunikationswissenschaft).
- Schulz, Trebor. (2010). *Infrastructure: Its transformations and effect on digital activism*. In Mary Joyce (Hg.), *Digital activism decoded*. New York: International Debate Education Association, (S. 17-31).
- Thimm, Caja; Einspänner, Jessica; Dang-Anh, Mark (2012). *Politische Deliberation online – Twitter als Element des politischen Diskurses*. In: Friedrich Krotz und Andreas Hepp (Hg.), *Mediatisierte Welten. Forschungsfelder und Beschreibungsansätze*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, (S. 283–306).
- van Dijk, Jan (2012). *The Evolution of the Digital Divide - The Digital Divide turns to Inequality of Skills and Usage*. In Jacques Bus (Hg.) *Digital enlightenment yearbook 2012*. Amsterdam, Washington, D.C: IOS Press, (S. 57-75).
- Vogelsang, Ingo (2010). *Die Debatte um Netzneutralität und Quality of Service*. In Dieter Klumpp, Herbert Kubicek, Alexander Roßnagel und Wolfgang Schulz (Hg.), *Netzwelt – Wege – Werte – Wandel*. Berlin: Springer, (S. 5-14).
- Wimmer, Jeffrey (2007). *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wimmer, Jeffrey (2014). *Zwischen Fortführung, Transformation und Ablösung des Althergebrachten*.

Politische Partizipationskulturen im Medienalltag am Fallbeispiel Kony 2012. In Ralf Biermann, Johannes Fromme und Dan Verständig (2014). *Partizipative Medienkulturen. Positionen und Untersuchungen zu veränderten Formen öffentlicher Teilhabe*. Wiesbaden: Springer VS, (S. 49-68).

Wu, Tim (2003). Network neutrality, broadband discrimination. *Journal of Telecommunications and High Technology Law*, 2, 141-179.

Zillien, Nicole (2013). Internet verstärkt soziale Spaltung. In: Deutschlandradio (Hg.), *Der Ort des Politischen. Politik, Medien und Öffentlichkeit in Zeiten der Digitalisierung Eine Debatte des Deutschlandfunk im 50. Jahr seines Bestehens*. Berlin: Vistas, (S. 120-124).